

Europas Wettbewerbsfähigkeit: Der Draghi-Bericht

Roland Sturm

Im September 2024 legte der frühere italienische Ministerpräsident (2021-2022) und Präsident der Europäischen Zentralbank (2011-2019), Mario Draghi, im Auftrag der Europäischen Kommission einen Bericht zur zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit der EU in der Welt vor¹. Der Bericht enthält keine spektakulären neuen Erkenntnisse. Er ist aber aus mindestens sieben Gründen bemerkenswert:

1. Er bestätigt das Selbstverständnis der Interpretation der Rolle der Europäischen Kommission, die auch über den erreichten Stand der europäischen Integration (*acquis communautaire*) hinausdenkt. Die Kommission sieht sich zunehmend in der Rolle einer europäischen Regierung, was nicht nur deshalb problematisch ist, weil sie nie zur Wahl stand, sondern auch wegen der tatsächlichen Rolle der nationalen Regierungen.
2. Standen in der ersten Amtszeit der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen noch der Klimawandel und seine Folgen als Flugschiffpolitiken im Vordergrund, sind davon vor allem Überlegungen zum Vermeiden fossiler Energie übriggeblieben. Es zeigt sich hier eine geänderte Welt-

lage, in der die EU wirtschaftlich in eine defensivere Rolle geraten ist.

3. Im Report spielen Entscheidungsprozesse nationaler Regierungen keine Rolle. Nationale Regierungen bleiben aber die entscheidenden Akteure zur Beantwortung der von Draghi aufgeworfenen Fragen.
4. Die Finanzierung der geschätzten 750 bis 800 Milliarden Euro pro Jahr zur Umsetzung der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen soll durch weitere Verschuldung der EU erfolgen, ähnlich wie beim Corona-Wiederaufbaufonds. Die Kommission erhält so die Mittel für eine neue Industriestrategie für Europa. Das Verschuldungsverbot von Artikel 310 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union würde ausgehöhlt.
5. Der Bericht definiert das Verhältnis von Politik und Wirtschaft neu, im Sinne des französischen Dirigismus. War nach den EU-Verträgen in der Frühphase der EU das Binnenmarktprojekt im Mittelpunkt, das mit seiner Staatsferne sogar die britische Premierministerin Margaret Thatcher begeisterte, setzt Draghi nun auf den (EU-) Staat zur Herstellung der europäischen



Prof. Dr. i.R. Roland Sturm

Institut für Politische Wissenschaft, Universität Erlangen-Nürnberg